

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstage, Donnerstage und Sonnabende Abends.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pro numerando 1 Rm. 35 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 2 Mark.

An unsere Abonnenten und Leser. Der erste Monat des neuen Quartals neigt sich seinem Ende, und ersuchen wir daher diejenigen, die auf die noch kommenden zwei Monate des Quartals abonnieren wollen, dies schleunigst zu thun.

Inhalt. Setzt den Arbeitslohn herab! Das Schmerzenskind. Politische Uebersicht. Eine naheende Kriegsgefahr. — Vereinigungen preussischer Verwaltungsbehörden. — In den Reichsverhältnissen der ausländischen Arbeiter. — Pansel mit welchem Menschenfleisch. — Aus Bayern. — Deutsche Nordpolarfahrt. — Garibaldi. — Russischer Socialismus. — Kohlenrationen in Berlin. — Franz Dunder. — Ein Dinnardvereln. — Rath in Berlin. — Arbeitssperre in Südwesten.

Setzt den Arbeitslohn herab! Wer rufft dies? — Wer giebt in einer Zeit, wo gewaltigster Nothstand das arbeitende Volk drückt, diese Parole aus? — Ist es ein Fabrikant, welcher nicht rasch genug den feuerfesten Gießschrank füllen kann? — Ist es ein Goldschreiber der Bourgeoispresse, welcher sich dem nöthigen altenständischen Spießbürgerthum gefällig erweisen will? — O, nein! Wäre dies der Fall, wir würden kein Wort verlieren und diese „arbeiterfreundliche“ Mahnung an die Kapitalistenklasse, welche nicht die erste ihrer Art ist, ignorieren.

„Handel und Industrie leiden in diesem Augenblicke schwer,“ — so lautet nach dem Referat der „Bosfischen Zeitung“ die Worte des Finanzministers — „die Ursache liegt meinet Ansicht nach in der Verschiebung der Preisverhältnisse, die eingetreten war und die dahin strebt, in ein richtiges Geleise zurück zu gelangen. Die Krise wird so lange fortdauern, bis daß die gesunden Rettungsmittel in dieser Hinsicht ergriffen werden. Diese Rettungsmittel liegen vor Allem darin, daß die Industrie wohlfeiler zu produziren lernt. Wir werden aber wohlfeiler produziren, wenn wir aufhören, reichiger, sparsamer, wirtschaftlicher zu werden. Es ist ja ganz unzweifelhaft, daß im Gebiete der industriellen Unternehmungen Rückschläge eintreten, für die die Einzelnen nicht immer verantwortlich machen können. Wenn die Einzelnen nicht immer verantwortlich machen können. Wenn die Einzelnen nicht immer verantwortlich machen können.

So sprach der preussische Finanzminister, und zwar unter dem lebhaftesten Jubeln der liberalen Reichsboten. Freuten sich diese doch nicht wenig, daß endlich der Sündenbock gefunden war, welcher Schuldner und Spekulanten, Aktionäre und Direktoren durch sein Opfer weißwachen soll zu „reinen, zwo. isohren Engeln“, nämlich der Arbeiter. Das wollte Gleichniß von dem reichen Manne, welcher zu seinem Festgelage, um kein seiner hundert Schafe zu verlieren, das einzige Schaf des armen Mannes schlachtet, hat sich an den liberalen Kapitalisten hier wieder einmal glänzend bewährt. Je mehr Einer von ihnen „geschlachtet“ wurde, je glücklicher er sein mochte, die Vorteile des neuen Hochpreises — denn bei der Verhandlung über das Letztere fiel das Wort — für sich anzubedenken, je lauter wird er sein „Sehr richtig!“ gerufen und je inniger sich den fetten Bauch gerieben haben! Denn wahrlich: Verabsiegung der Löhne und Vermehrung der Arbeitsanstrengung, das ist eine „Sparsamkeit“, welche sich der Wohlthätigkeit schon gefallen lassen kann.

Neuer

Social-Demokrat.

Eigenthum der Casselleaner.

Redaktion und Expedition: Berlin, Dronienstraße Nr. 8, 80.

Befellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expeditour entgegengenommen.

Inserte (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgehaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungsanzeigen die 5-gehaltene Zeile über deren Raum 20 Pf. sogenannte Reklame-Anzeigen werden nicht angenommen.

Freilich, ein Arbeiter wird sich wohl anderen Gedanken hingeben. Und daß der gesunde Mutterwitz des Volkes die Sachlage ein gut Theil richtiger auffassen wird, als das Genie unserer hohen Politiker, dafür wollen wir gern garantiren. Was soll man beispielsweise zu dem seltsamen Zusammentreffen der beiden Sensationsreden des Herrn von Camphausen sagen! — Dienstag, den 19. Januar, fährt derselbe im preussischen Abgeordnetenhause nach statistischen Quellen aus: daß sechs und eine halbe Million — genau 6,447,681 — der Klassensteuerpflichtigen Einwohner Preussens, also bei Weitem die Mehrzahl derselben, deshalb nicht zur Steuer herangezogen werden können, weil sie unter 140 Thaler jährlichen Einkommens haben; dieselben leben also augenscheinlich in den allergebrühtesten Verhältnissen. Und schon acht Tage darauf, Dienstag, den 26. Januar, erklärt im Reichstage derselbe Herr, daß weise Sparsamkeit zur Befestigung der Handelskrisis „Herabsetzung der Löhne“ erforderlich mache.

Schöne Aussichten, wenn das eintritt! Die sechs und eine halbe Million Preussen, welche unter 12 Silbergroschen täglich verdienen, sind wohl zu äppig; sie prassen und schmelzen wohl in Austern und Hasenpfeffern, Champagner und Amarena di Syracusa? — Sie haben wohl gar mit ihrem „Kapital“ an der Börse spekulirt und die Handelskrisis verschuldet? Weßhalb sonst denn sollen gerade sie die Suppe ausessen?

Und die armen Krämer und Willonäre, welchen dank solcher weisen Sparsamkeit, wieder auf die Beine geholfen werden wird, damit sie hernach weiter „gründen“ und „wagern“ können, nun, ihnen können wir es ja nicht zumuthen, die „Arbeitslöhne“ ungekürzt zu zahlen, wenn nur ihr Kapitalgewinn ungekürzt bleibt! Ein Bourgeois hat einen so zarten Magen, daß man ihm nicht zumuthen kann, das Brot ohne Schnepfendeck zu essen; für den groben Magen des Arbeiters paßt es eher, wenn er die Butter vom Brode fortläßt und Salz drauf streut! Das thut jedenfalls allen Liberalen recht und billig und ist ein ausgezeichnetes Mittel zur Lösung der socialen Frage!

Doch, Scherz bei Seite, die Fraase ist ja ernst genug! Der Finanzminister des preussischen Staates hat uns ein besseres Zeugniß von der Leistungsfähigkeit des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft auf socialen Gebiete abgelegt, als es irgend ein Professor und Philosoph thun konnte.

Ja, dahin führt das ganze heutige System, daß es hoch und gegenüber den Leiden des arbeitenden Volkes und den Drängen der Kapitalmacht wird. Und das Ende ist, daß dem Volke, so tief auch die Noth ist, in der es lebt, sich noch immer tiefere Abgründe des Elendes öffnen, in die es sich stürzen soll, um als moderner Curtius die Gesellschaft vor dem verdienten Untergang zu bewahren.

Die Worte des Finanzministers aber werden nicht ungehört verhallen, gar bald werden die Fabrikanten daran gehen, um die Löhne herabzusetzen; und die Arbeiter — nun, sie werden es vorläufig unter dem Druck der Arbeitslosigkeit wohl ruhig hinnehmen müssen!

Es lebe die Sparsamkeit! — Der sociale Frieden und die Gesellschaft sind dann gerettet!

Das „Schmerzenskind“.

Schleswig-Holstein wurde früher immer mit obigem Titel von den Nationalen belegt, als es sich noch unter der Herrschaft der Dänen befand.

Allerdings äbte die dänische Regierung mancherlei Druck aus auf die Bewohner der Elbherzogthümer, indem sie der Ausbildung der deutschen Sprache Hindernisse in den Weg zu legen suchte. Doch im Allgemeinen waren die Zustände, an welchen die Regierung mit Schuld war, gerade nicht besser und nicht schlechter, als die gegenwärtigen Zustände sind.

Das nationale „Schmerzenskind“ befindet sich jetzt in anderen Händen, nämlich in den Händen der bösen Social-Demokraten, wie die „Magdeburgische Zeitung“ ein Bourgeoisblatt vom reinsten Wasser, schreibt.

Die Bourgeoisblätter beschäftigen sich überhaupt sehr eingehend mit den schleswig-holsteinischen Verhältnissen, da die Social-Demokratie gerade dort wohl am festesten in ganz Deutschland Wurzel gefaßt hat.

So giebt sich auch in einem langen Leitartikel die oben erwähnte „Magdeburgische Zeitung“ große Mühe, die dortige Bourgeoiswelt zum Kampfe gegen die socialistischen Agitatoren aufzufacheln; aber sie weiß doch keinen andern Rath zu ertheilen und jammert de- und wehmüthig:

„Ein mit populärer Beredsamkeit ausgestatteter Agitator verlangt sofortige Bekämpfung und Widerlegung in der nämlichen Versammlung, wenn seine Worte nicht haflich sollen. Nachträgliche Zeitungsartikel oder private Vorstellungen seitens der „Gebildeten“ fruchten bei diesem Auditorium gar nichts. Es ist freilich nicht Jedermanns Ding, sich mit einem auf seine wenigen Schlagworte dressirten Agitator in einen Redekampf einzulassen und dabei die Mißfallendäußerungen der erdhüchsten Menge zu ertragen, obgleich unsere social-demokratischen Versammlungen das Zeugniß gegeben werden muß, daß es auf ihnen leidlich honnet zugeht.“

Daß die „Magdeburgische“ sich vollständig widerspricht, weil sie erst von „populärer Beredsamkeit“ spricht, und dann von „einem auf seine wenigen Schlagworte dressirten Agitator“, verzeihen wir ihr sehr gern der anderen Zugeständnisse halber.

So erklärt sie ganz offenerzigt, daß der Mammonstolz unter der Bourgeoisie herrsche; sie sagt nämlich wörtlich, indem sie von der Aufgabe der guten und gebildeten Elemente Volkstheils spricht: „Vor Allem gehört dazu die Gesinnung, einem gewissen, namentlich bei unseren Großbauern viel verbreiteten herzlosen Mammonstolz eben so entschieden entgegenzutreten zu können, wie der berufsmäßigen Volkverführung fanatischer Agitatoren.“

Dieses Eingeständniß werden unsere Agitatoren demnächst wohl zu benutzen wissen.

Die „Magdeb. Zig.“ fährt nun fort: „Können oder wollen unsere besitzenden Klassen diese Aufgabe nicht auf sich nehmen, dann werden sie sich allerdings darauf gefaßt zu halten haben, daß außer Altona und Ostholstein auch Dithmarschen und viele leicht selbst der Kiel-Brandenburger Wahlkreis bei den nächsten Reichstagswahlen in der social-demokratischen Brandung untergeht und unser viel gepriesenes Land bis zum Austrage der gesammten socialen Bewegung das feste Bollwerk der Social-Demokratie bleibt. Im entgegengekehrten Falle aber können die erhaltenden Parteien unserer Provinz sogar auf offensive Vorthelle rechnen. Das politisch, social und moralisch gleich tief unterwühlte Altona wird zwar aus mancherlei Ursachen noch lange in den Händen der Socialisten bleiben, aber im östlichen Holstein würde der Wahlkampf bei thätiger Anstrengung und richtiger Kandidatenwahl wohl noch in diesem Augenblicke mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen sein. Bis zu den nächsten Reichstagswahlen sind zwei Jahre Zeit, zwei Jahre, in denen voraussichtlich mancherlei Enttäuschungen hinsichtlich der materiellen Früchte der social-demokratischen Agitation den erhaltenden Elementen das Eingreifen erleichtern werden. Würde man diese Zeit benutzen! Es wäre wahrlich schlimm, wenn, wie vor 20 Jahren, Schleswig-Holstein wiederum, und in einem bedenklicheren Sinne, als damals, der Ansammlungspunkt des deutschen Krankheitsstoffes, das „Schmerzenskind“ der deutschen Nation werden müßte!“

Daß dieser Jammerruf von keinem Nutzen für die „liberalen Elemente“ sein wird und daß aber auch alle Anstrengungen einer verlogenen, heuchlerischen Partei, wie die der Liberalen ist, bei dem festen schleswig-holsteinischen Volke auf keinerlei Erfolge rechnen können, ist eine ausgemachte Sache. — Daß die höheren Stände — von Niemandem anders kann doch wohl die Rede sein — Altona moralisch unterwühlt haben, bestreitet uns nur in dem Glauben, daß es ein Glück für jene Stadt gewesen ist, daß die Social-Demokraten die politische Unterwühlung so geschickt zu Stande gebracht haben.

Im Uebrigen aber ist zu bemerken, daß sich jedenfalls Schleswig-Holstein unter dem Einfluß der Social-Demokratie viel besser befinden wird, als unter dänischer oder unter preussisch-deutscher liberaler Einflüsse.

Ein „Schmerzenskind“ war Schleswig-Holstein früher, ein armes „Schmerzenskind“ würde das Land sein, wenn der Liberalismus zur Herrschaft gelangte — und davon will es die Social-Demokratie bewahren.

Es wird ihr gelingen, wenn sie energisch und konsequent auf dem bisherigen Wege fortschreitet.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Januar.

Ueberall tauchen Gerüchte auf von nahender Kriegsgefahr. So wird aus Guben geschrieben, daß Mitte Februar die brandenburgischen Infanterieregimenter Nr. 12 und Nr. 52 zur Verstärkung nach dem Elbe abgehen sollen. — Woju sind denn auch die Mauer-, die Werbergewehre und die Chassepots da, wenn man keine Menschen mit ihnen todtschießen kann?

Ueber unerhörte Beeinflussungen durch die preussischen Verwaltungsbehörden läßt sich die „Germania“ vom Rhein schreiben: „Z., den 30. Dezember 1874.“

Die Abonnentenzahl der „Z.“ Zeitung und Kreisblattes betrug in der Gemeinde R. im 4. Quartal 1873 40 Stück, im 4. Quartal 1874 nur 10 Stück, während in derselben Gemeinde die erst seit dem 1. Januar c. hier erscheinende Staatszeitung „Lige“ . . . Zeitung im 4. Quartal 204 Abonnenten zählt. Ueber diese Erscheinung, wie es möglich war, daß das letzte Blatt das erste fast völlig hat verdrängen können, veranlasse ich Sie, mir bis zum 10. Januar eingehend zu berichten. Insbesondere ist dabei Ihr Verhalten, sowie das der sonstigen Gemeindebeamten, auch der Polizeidiener und Lehrer, zu dem Gegenstande zu erwähnen. Gleichzeitig ist mir eine namentliche Nachweisung aller Schankwirtschaftsbesitzer, ganz gleich, ob für Bier, Wein oder Branntwein, einzureichen, aus welcher bei genauer Angabe der Wohnung hervorgeht, was für welche Boten die Kolportage der . . . Zeitung besorgen, ob sich etwa hierzu Gemeindevoten, Polizeidiener u. u. oder sonst Persönlichkeiten, die zu Amtszwecken verwandt werden, betheiligen. Das Landrathamt.

An den Bürgermeister J. in B. — Wir müssen der „Germania“ die Nichtigkeit dieser Nachricht überlassen; sollte dieselbe aber wahr sein — und in Preussen ist jetzt nichts mehr unmöglich — dann sind unsere öffentlichen Zustände nicht mehr weit von denen entfernt, welche im napoleonischen Frankreich herrschten.

Die in der Eröffnungsrede des preussischen Landtags in Aussicht gestellte Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter wird auf der Grundlage der Resolution der Konferenz erfolgen, welche die Staatsregierung im Jahre 1873 über das ländliche Arbeitsverhältnis verabschiedete. Es handelt sich darum, für das Rechtsverhältnis zwischen dem ländlichen Arbeitgeber und dem ländlichen Arbeiter gewisse positive Normen ähnlich denen anzuführen, welche für die gewerbliche Arbeit gesetzlich bestehen, und Bestimmungen zu treffen, wodurch der Verwahrlosung (Polizei-) Behörde eine vorläufige Entscheidung über gewisse, aus dem Arbeitsverhältnisse entspringende Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwiesen wird. — Solche Regelungen der Arbeitsverhältnisse sehen die Grundbesitzer und Bourgeois sehr gern, trotzdem sich die Polizei hineinmischen soll. Sie wollen Staatseingriffe in die Arbeitsverhältnisse nur dann haben, wenn sie Nutzen daraus ziehen, sonst aber schreien sie immer von Bevormundung des Volkes durch den Polizeistaat — hilft ihnen derselbe, so ist es ein gutes Institut, soll der Staat aber helfen, die Noth der Arbeiter zu heilen und die Wunden des Kapitals zu lodern, dann wird Peter und Paulus geschrien über die unzulässige Einmischung eines Instituts, welches ja eigentlich nur die Pflicht habe, den Nachwächter des Kapitals zu sein.

Handel mit weissem Menschenfleisch! — Das „Marburger Tageblatt“ bringt folgende Annonce: „Besonders für Delinquenten! Aus Ostpreußen liefere ich Knechte und Mägde, selbige werden dorten gerichtlich bedungen, und kalkulirt sich ein Knecht I. auf 45—50 Thlr., eine Magd I. auf 35—40 Thlr. Diese Leute sind sehr tüchtig in jeder Arbeit, willig bei jeden Befehlen und sehr lernbegierig, worüber Herr Delinquent Pape, Verkaufsanwalt bei Treysa, welcher schon mehrere dieser Leute im Dienst hat, die besten Auskünfte geben kann. Die Reisekosten und Zehrgehalt, incl. Agentengebühren, betragen 15 Thaler; bei einer Anzahl von 50 Personen unternehme ich die Reise selbst nach dorten und kann dann selbige pro Kopf 1 Thaler billiger liefern. Reisegeld muß vorher an mich eingesandt werden. Neu- stadt (Kurhessen). J. E. Sties, Agent.“ — Wenn man obige Annonce liest, so überkommt doch Jedem sofort der Gedanke, daß man es nur mit einer Waare zu thun hat, die von einem Händler „geliefert“ wird; dadurch wird ja auch der ökonomische Satz, daß die Arbeitskraft eine Waare ist, trefflich illustriert. Was nun in Wahrheit noch solche Zustände präsen, wo die Arbeitskraft, ja der Arbeiter selbst, eine Waare ist, die sogar von „halbschändlichen“ Agenten verhandelt werden kann? — In ganz Europa fand man unter der Bourgeoisie Sympathien für Aufhebung der Sklaverei in Amerika; die Schwarzen sind ja auch Menschen — so klang es aus gerechtem Herzen, während Thränen der „Menschensiebe“ in den Augen der schönen Bourgeoisweiber glänzten. — Die europäische Bourgeoisie hatte ja keinerlei Nachtheil von der Aufhebung der Sklaverei in Amerika, während die direkt Beteiligten dort sich in langjährigem blutigen Kriege gegen die Aufhebung der Sklaverei stemmten. — Spricht aber jetzt Jemand von der Aufhebung der „weissen Sklaverei“, kämpft er gegen den Handel mit weissem Menschenfleisch — so ist er ein Rebell, ein Eigentumsverweigerer, und die schönen Bourgeoisweiber vergießen keine Thränen der „Menschensiebe“, sondern lobern auf im Hase gegen die verfluchten Social-Demokraten, welche den durch Jahrhunderte geheiligten Besitz in seinen „Rechten“ stören wollen. — Doch immer mehr sehen sich die Reichen, welche die vollständige Demoralisation und deshalb auch die Auflösung der heutigen Gesellschaft verurtheilen; der Handel mit Menschenfleisch aber wird zum Fluche für dieselbe werden.

Die bayerische Regierung nimmt mehr Rücksicht auf das Volk und seine Vertreter, als die anderen deutschen Regierungen. Der Abgeordnete Mohr, ein heftiger Gegner der Regierung, ist zu 8 Monaten Gefängnis rechtskräftig verurtheilt. Der bayerische Justizminister läßt bei ihm anfragen, ob er die Haft abmachen wolle nach Schluß der nahe bevorstehenden Landtagessession. Bei dem sehr schwankenden Abstimmungsverhältnisse in der bayerischen Kammer ist dieses Verhalten der Regierung gegenüber dem der preussischen und sächsischen Regierungen nur anzuerkennen.

Es ist, wie mehreren Blättern mitgetheilt wird, nicht sehr wahrscheinlich, daß noch in diesem Jahre eine deutsche Nordpolarfahrt ausgehen wird. General v. Stosch erklärt, keinen Marineoffizier hergeben zu können. — Es handelt sich bei der Nordpolarfahrt um die Ausdehnung der Wissenschaft — dazu also hat man in Preußen nicht einen Marineoffizier übrig. Steht der Krieg so nahe vor der Thür? Oder hat man in dem Staate der „Intelligenz“ über dem Militarismus ganz das Interesse der Wissenschaft vergessen?

Garibaldi ist von den Römern mit ungeheurer Enthusiasmus bei seiner Ankunft empfangen worden. Die Ordnung wurde bei dem Empfange nicht im Geringsten gestört. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, bekanntlich eine arge Feindin des großen Helden, macht folgendes Gefändnis: „Garibaldi hat in der italienischen Deputirtenkammer seinen Platz genommen und das vorgeschriebene Gelübniß geleistet. Seine Landung in Civita-Vecchia, so wie seine Ankunft in Rom waren mit allen Ehren eines wahrhaftigen Triumphzuges umgeben.“ — Die „Römische Ztg.“ schreibt über den Empfang: „Garibaldi ist in Rom angelangt. Eine unbeschreibliche Menschenmenge empfing ihn am Stationsplatz mit beispiellosem Enthusiasmus. Die Pferde wurden angespannt. Es war unmöglich, den Wagen bis zur Wohnung seines Sohnes Renotti zu bringen. Garibaldi ist in dem Saalhofe von Coscanzi eingeleitet. In einer Ansprache ermahnte er die Römer, ernst und fest zu sein. Sein Aussehen ist verhältnißmäßig frisch.“ — Die Römer ehren sich selbst, indem sie einen der edelsten Männer des Jahrhunderts ehren.

Die „Südd. Reichspost“, ein konservatives Blatt, bringt eine Noth, in welcher sie zeigt, wie angelegentlich sich die russische Regierung mit der socialistischen Propaganda beschäftigt. Sie sagt nämlich: „In Leipzig sollen es hauptsächlich studirende Russen sein, die sich aus mehr als wissenschaftlichem Interesse mit dem Socialismus beschäftigen. Die russische Regierung, die in Leipzig zur Unterstützung der studirenden Russen eine Art Seminar errichtet hat, ist bereits auf diesen Umstand aufmerksam gemacht worden und sucht sich zu vergewissern, wie weit ihre Landesangehörigen von den socialistischen Ideen infiziert sind und an der socialistischen Agitation sich betheiligen.“ — Wahrscheinlich aber ist es, daß die russische Regierung noch nicht „auf diesen Umstand“ aufmerksam gemacht ist, sondern daß die „Südd. Reichspost“ dieselbe erst darauf aufmerksam machen will, um etwaige russische socialistisch gefasste Studenten zu demüthigen. — Wir aber wollen wenig-

stens nicht unterlassen, diese wahrscheinliche Demanization zur Kenntniß der Beteiligten zu bringen.

Der Maschinenfabrikant Löwe in Berlin hat nachgegeben, er hat die Lohnverfängerung zurückgenommen, in Folge dessen die Arbeiter die Arbeit wieder aufnahmen. Die „Nordd. Ztg.“ bemerkt hierzu, daß in vielen Berliner Fabriken eine Lohnverfängerung von 15 bis 25 pCt. stattgefunden habe. — Auch der durch die Demangung fremder Arbeitskraft zum Millionär gewordene Großfabrikant Forstig (intimer Freund von Schulze, Dauter und Hirsch) hat den Lohn um 15 pCt. herabgemindert. — Es lebe die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!

Wir berichteten schon in der vorigen Kammer, daß der Reichstagsabgeordnete (früher Demokrat) Franz Dauter bei der Beratung des Landsturmgesetzes eine Zustimmungserklärung zu dem ganzen Gesetz gehalten hat, und die Fortschrittspartei auch für das Gesetz stimmte. Die deutsche „Reichskorrespondenz“ bringt nun folgende interessante Mittheilungen: „Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers, Fürsten Bismarck, hat sich jetzt wieder so weit gebessert, daß der Fürst nach längerer Zeit wieder zum ersten Male in dem Reichstage erscheinen konnte, wo er sich während der Dankrede längere Zeit mit dem Präsidenten v. Forstner und mit dem Finanzminister Camphausen, später auch mit dem Abgeordneten Franz Dauter unterhielt. Der Fürst sah recht wohl aus, und sein lebendiges Wesen ließ auch darauf schließen, daß er sich wieder ganz wohl befindet.“ — Herr v. Bismarck wird Herr Dauter wohl nur seiner Landsturmwahl halber begrüßt haben.

Das Vaterland ist gerettet! — Aus Freiburg wird gemeldet, daß sich dort ein „Bismarckverein“ gegründet hat, der reichhaltig zu „unserem“ Reichskanzler Pappe schwört. Die Mitglieder haben dem Reichskanzler in einem Schreiben ihre Ergebenheit ausgedrückt und denselben um Ueberweisung seines Bildnisses gebeten. Dem Wunsche ist entsprochen worden und das Portrait mit der eigenhändigen Unterschrift des Fürsten vor mehreren Tagen in Freiburg eingetroffen.

Die Noth in der deutschen Reichshauptstadt wird trotz des „Kulturkampfes“ und trotz der Besorgungen der Social-Demokraten immer größer. Man braucht nur den täglichen Polizeibericht zu lesen. So wurde ein Schmiedegesse am 19. d. M. in der Schönholzerstraße erhängt gefunden; den 22. fand man einen obdachlosen Arbeiter auf dem Flur eines Hauses in der Alexanderstraße todt hingefallen; den 23. machten ein Färber und ein Former ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Und so geht's fort. — Der Kampf gegen solche Noth wäre jedenfalls zweckmäßiger, als der Kampf gegen diejenigen, welche solch' er Noth ein radikales Ende setzen wollen.

Bersöhnung zwischen Kapital und Arbeit — schreiben die Harmonieapostel und Kapitalfreunde. Nachstehende Nachricht wird doch wohl diese Schreier recht nachdrücklich auf's Maul schlagen. Der Verein der Kohlengrubenbesitzer in Schwabes hat nämlich auf seiner gestrigen unter dem Vorsitze des Parlamentarierbesitzers Hoyer zu Cardiff abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen, am 1. Februar eine allgemeine Arbeitssperre anzufangen. Dieser Beschluß trifft nicht weniger als 100,000 Mann, von denen nur ein Theil gegenwärtig im Strike ist. — Glückliches England, wo so herrliche Zustände herrschen, daß der kostbare Arbeiterfreund Moz Hirsch dieselben immer den deutschen Arbeitern empfiehlt.

Deutscher Reichstag.

Die 50. Sitzung vom 22. Januar gab in der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs über den Landsturm Gelegenheit zu einer interessanten Debatte. Nachdem zuerst der Abgeordnete Dauter gesprochen, ergriff der Abgeordnete von Adelsheim das Wort. Der amtliche stenographische Bericht, dem wir diese Rede entnehmen, lautet wie folgt:

Abgeordneter von Adelsheim: Meine Herren, entgegen dem Schlosse des geachteten Herrn Vorredners empfehle ich Ihnen die Afscheidung dieses Landsturmgesetzes, dessen Bestimmungen tief und hart in das Volkleben eingreifen, das Bestehen im Uebermaß und im Uebermaß umwerfen, und von dem alten preussischen Landsturm, wie er aus dem Jahre 21. April 1815 hervorgegangen ist, nichts übrig lassen, als den Namen. Denn, meine Herren, der Landsturm, der uns aus jener Zeit der Freiheitstheorie übernommen, hatte einen rein defensiven Charakter, er war allein dazu bestimmt, im kühnen Volksthege den im's Land eingehenden Feind, den rechtlichen Ueberläufer, aus dem deutschen Reichlande zu vertreiben. Sein Gebrauch war die Selbstverteidigung des Volkes, und im vollen Vertrauen auf den Patriotismus dieses Volkes ließ man es sich damals kaum für einen Augenblick zur Vertheiligung des deutschen Vaterlandes, für Leib und Land, für Haus und Hof. Aber, meine Herren, der Landsturm, den dieses Gesetz regeln will, soll nicht mehr die Erhebung des bewaffneten Volkes als Ausdruck der patriotischen Begeisterung sein, nein, den Landsturm, welcher früher einzig seine Bestimmung hatte zur Vertheiligung des eigenen Herdes, der engeren Heimat, macht das Gesetz zu einem Theil der bewaffneten Macht des deutschen Reiches; der projektirte Landsturm soll in seinen wesentlichen Elementen in Zukunft den großen Heereskörpern eingereiht werden können, deren strategischer Bewegung diese eingetheilten Landsturmpflichtigen überall dann hin folgen müssen.

Meine Herren, das Gesetz bestimmt nun allerdings zunächst, daß der Landsturm in der Regel in eigene Abtheilungen formirt werden soll, aber, meine Herren, dieses Bestehen, das sieht nur auf den ersten Blick gut aus; bei näherer Betrachtung verliert es allen Werth, denn es heißt gleich weiter, daß in Fällen außerordentlichen Bedarfs die Landwehr aus dem Landsturm ergänzt werden kann. Der Herr Kommissar des Bundesrates hat in Beziehung auf diese Fälle hin die allerbedenklichsten Versicherungen gegeben, ich muß aber hierin dem geachteten Herrn Vorredner zustimmen; bei allem Respekt und bei aller Anerkennung des momentanen Werths dieser Versicherung, kann ich doch einer solchen Versicherung für die Zukunft nicht den geringsten Werth zuerkennen. Denn, meine Herren, was stehen und maßgebend bleibt, ist immer nur das Gesetz, der Inhalt des Gesetzes. Wenn Sie dann, meine Herren, bedenken wollen, daß in dem Reiche von 1870 und 71, der doch von Anfang an siegreich geführt wurde, und der kaum eine Dauer von 7 Monaten hatte, die Grenzen zwischen Linie, Reserve und Landwehr völlig verwischt gewesen sind, dann, meine Herren, glaube ich, werden Sie auch mit Sicherheit die Verwendung des projektirten Landsturms in seinen wesentlichen Elementen in jedem die Wehrkraft Deutschlands nur einigermassen in Anspruch nehmenden Reize vorhersehen. Meine Herren, ich glaube wenigstens, daß in jedem kommenden Reize die geduldeten Landsturmpflichtigen, auf die es doch der Militärverwaltung vor allem ankommt, ebenso mit der Landwehr verfahren werden, wie in dem vorigen Reize die Linie und die Landwehr verfahren waren. Nun, meine Herren, wie mich unterliegt es keinem Zweifel, daß die überlegte militärische Vertheiligung nicht weniger in Aussicht genommen hat, als den Landsturm in der Gestalt, wie ihn dieses Gesetz schafft.

Meine Herren, die Grenzen, die in diesem Falle die Verfassung gezogen, scheinen mir genau vorgezeichnet zu sein, und es erscheint mir unerschöpflich, wie überhaupt von einer Kontroverse die Rede sein kann. Der Art. 59 der Verfassung bestimmt und beschränkt die Wehrpflicht in Linie, Reserve und Landwehr auf 12 Jahre. Es ist damit, wie ich meine, klar und deutlich jede über diese 12jährige Gesamtwehrlinie hinausgehende Verpflichtung zum Eintritte in irgend welche Formationen der Linie oder der Landwehr verfassungsmäßig ausgeschlossen, und diese verfassungsmäßige Bestimmung wird sicherlich nicht durch das Gesetz vom 9. November 1867, weder durch seinen § 14, noch durch irgend einen andern Paragraphen tan-

get. Es hat ganz gewiß nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, durch dieses Gesetz vom 9. November 1867 der Militärverwaltung die Autorisation zu erteilen, im Falle eines Krieges die Landwehr aus dem Landsturm zu ergänzen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete von Treitschke hat, wie dies auch mein geachteter Herr Vorredner bereits bemerkt, in der zweiten Lesung dieses Gesetzes dieses Landsturmgesetz als ein völlig harmloses und unbedenkliches hingestellt, er hat sogar die Ansicht ausgesprochen, daß die Reichsregierung die Vertheiligung habe, Theile dieses Landsturms aus dem ganzen Landsturm in die Landwehr einzureihen. Ob dieses Gesetz geschaffen sei oder ein ähnliches Gesetz existire, das war dem Herrn Abgeordneten von Treitschke ganz gleichgültig, er gab trotzdem der Reichsregierung das Recht zu, diejenigen Männer, die ihrer gesetzlichen Dienstpflicht in Linie und Landwehr verfassungsmäßig nachzukommen sind, auch nach ihrer Uebersetzung von denen in die Landwehr, mit hin der Feldwehrgarde, einzureihen. Nun, meine Herren, ich will mein Urtheil nicht aufheben gegenüber diesem Urtheil des Herrn Abgeordneten von Treitschke, aber ich will dieses Urtheil entgegenstellen dem Urtheil eines Mannes, den Sie wahrscheinlich alle für kompetent erkennen werden, und dem Sie auch nicht das laienhafte Mißtrauen zuschreiben werden, das einem Theile dieses Hauses zugesprochen ist. Der bekannte preussische Militärschriftsteller Oberstleutnant von Gumboldt hat nach dem Bekanntwerden der Berichte der Regierung über dieses Gesetz Folgendes gesagt — es sind nur wenige Worte, erlauben Sie mir, sie wörtlich vorzulesen:

Der Entwurf hebt die Grenze zwischen Landwehr und Landsturm vollständig hinweg, da es ferner Regie mit absolut festlich, Landsturmpflichtige wie Landwehrgenossen zu verwenden. In diesem Punkte hat also das Volkstages das volle Recht der Vertheiligung dessen erzielt, was es offenbar bezweckte. Statt einer Rechtsbestimmung ist die Vertheiligung aller derjenigen Rechte und Befreiungen getreten, welche nach dem seitlichen Stande der Gesetzgebung denen gewährt waren, die der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Dienstpflicht in der Linie und der Landwehr genügt haben.

Nun, meine Herren, daß diese Ansicht eines bewährten Fachmannes der Ansicht des Herrn Abgeordneten von Treitschke diametral entgegensteht, glaube ich nicht noch mehr auseinanderzusetzen zu müssen. Der Oberst von Gumboldt erhebt in dieser Sache die Vertheiligung aller der Rechte und Befreiungen der Männer, die ihrer gesetzlichen Dienstpflicht in der Linie und Landwehr verfassungsmäßig nachzukommen sind; und, meine Herren, ich glaube, daß im deutschen Volke sich eine mächtige Bewegung gegen dieses Gesetz kund gegeben hat. (Oh! oh! links.) — Ja, meine Herren, ich weiß wohl, daß ich nicht hier bin, Sie haben zu überzeugen; dem ist aber doch so, und es sind in meinem engeren Vaterlande zahlreich, der Herr Abgeordnete hat die Güte, es zu bezeugen, mehrere Hundert, es sind etwa zweihundert Petitionen gegen den Landsturm zu Tage getreten.

Nun, meine Herren, ich glaube, daß aber auch in sogenannten reichsfeindlichen Kreisen sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, daß es doch zu viel sei, was hier von Neuen für militärische Zwecke gesammelt wird, und ich möchte die Herrn Referenten, der in den Petitionen eine unrichtige Auffassung der Bestimmungen des Gesetzes gefunden hat, darauf aufmerksam machen, daß das Volk in dieser, so tief in das Volkleben eingreifende Sache nicht mit der Vertrauenslosigkeit gesehen hat, wie der Herr Referent. Meine Herren, in den Wahlen, die diese neue Landsturmsituation begründen sollen, haben wir auf den Bewußtgrund der Humanität. Man will, wie ich glaube, durch dieses Gesetz dasselbe Ziel erreichen, welches die deutschen Vertreter auf der Berliner Konferenz mit Aufsehen erregt haben; man will aus Rücksicht der Menschheit die deutschen Vertheiligung für einen Volksthege zur Verfügung stehenden Elemente zum großen Theil der regulären Armee einverleiben und gleichzeitig dem Gegner die Entfesselung des Volkstheges erschweren.

Nun, meine Herren, wenn man dann dies grundsätzlich immer thun wollte, so wäre das ja sehr schön; aber nein, die Noth sagt ganz deutlich, daß man nicht grundsätzlich und nicht für immer darauf verzichten will; man will nur so lange darauf verzichten, als andere Heere siegreich in Feldzuge sind. Das aber, meine Herren, scheint mir eine sonderbare Humanität zu sein, und ich sollte meinen, daß es viel besser, viel erfolgreicher die Humanitätsgrundsätze entgegen zu weiden, wenn man den Volksthege, der ja doch im natürlichen Lebensrechte jedes Volkes und jedes Staates begründet liegt, von vornherein auch beim Gegner völlerrechtlich anerkennt.

Nun, meine Herren, der Herr Kommissar des Bundesrates hat uns die Versicherung erteilt, daß diese neue Landsturmsorganisation und seinen Silberzwecken kosten werde. Ich brauche nicht zu wiederholen, welcher Werth auf solche Versicherungen zu legen ist. Ich will aber trotzdem diese Versicherung anerkennen in Bezug auf die große Zahl der ungeliebten Landsturmpflichtigen, muß aber ihr entgegenstellen in Bezug auf die Zahl der geduldeten Landsturmpflichtigen, auf die es — ich wiederhole es — der Militärverwaltung doch wohl hauptsächlich ankommt. Meine Herren, ich bitte Sie, zu bedenken, wenn diese neuen Umbauten des Landsturms dem Vaterlande oder dem Tenor dieses Reiches entsprechend in die Landwehr eingereiht werden sollten, wie erheblich würden sich dann die Militärausgaben steigern! Meine Herren, ich glaube, wir sind doch wohl an die Grenze herangekommen oder haben sie auch wohl überschritten, bis zu welcher man die Steuerkraft des Volkes zu militärischen Zwecken in Anspruch nehmen darf. Dabei, meine Herren, verlangt das Militärbudget einen neuen, und ich bekenne es, regelmäßigen Zuschuß von etwa 45 bis 50 Millionen Reichsmark. Die Militärausgaben sind verschwunden und das Defizit ist an das deutsche Reich herangekommen. So, meine Herren, früher hieß es, die Einigung Deutschlands werde eine wesentliche Verminderung der Religionszugehörigkeit haben, denn die Einheit sei eine gewaltige Noth; aber, meine Herren, das stülte Gegentheil ist eingetreten, und es hängt wohllich die Noth, ist aber eine bittere Wahrheit, diese Einheit selbst wird als Vorwand benutzt, um dem deutschen Volk nicht weniger, sondern größere Opfer für militärische Zwecke aufzuerlegen. Meine Herren, ich glaube aber nicht, daß das Volk lange Zeit im Stande sein wird, diese übermäßigen finanziellen und persönlichen Lasten zu ertragen, und ich glaube, daß es eine Pflicht ist, die wir dem Vaterlande schulden, und vor allem die Aufgabe dieses hohen Hauses, dahin zu drängen und dafür zu sorgen, daß die Kräfte des Volkes nicht fernere Zeit angegriffen werden, wie es die deutsche Nation hervorbrachte. Die Annahme der Steuerkraft und in einzelnen Distrikten eine die an den Rand der Hungernoth gestülte Bevölkerung erkennen lassen. Meine Herren, ich erkenne es vollständig an, daß in diesem Weltalter eine solche Armer eine Nothwendigkeit für jeden Staat ist. Ja, meine Herren, ich glaube sogar, daß eine starke und schlagfertige Armer für viele Staaten die erste Bedingung des Friedens ist, jetzt, wo, wie wir auch neulich gehört haben, alle Verträge in Frage gestellt sind und die Anwendung einer verwerflichen Annullationspolitik (Widerspruch) nicht mehr maßgebend erscheinen läßt, was Recht ist, sondern was nach der Ansicht Einzelner Recht zu werden vermag.

Meine Herren, ich erkenne also die Nothwendigkeit einer starken Armer an, aber, meine Herren, dabei bleibt doch immer noch die Frage, wozu diese starke Armer nützt, wenn deren Erhaltung dem Lande mehr kostet, als dieses Land auf die Länge wirtschaftlich zu leisten im Stande ist. Ich aber glaube, daß es hohe Zeit ist, zu bedenken, daß es die Militärmacht nicht allein ist, die die Seele eines Staates und eines Volkes ist und die Seele eines Reiches bildet, und daß der Reichtum gekommen ist, wo die Volkserhaltung der Reichsregierung in dieser Beziehung ein warmendes Halt zurufen sollte. Meine Herren, wenn ich die politischen Rücksichten auch in Erwägung ziehen will, so glaube ich, daß ganz Europa in dieser neuen Landsturmsorganisation die Vorbereitung zu neuen Kriegen erblickt. (Oh!)

Meine Herren, ich glaube, daß Europa in dieser neuen Landsturmsorganisation die Vorbereitung zu neuen Kriegen erblickt. (Erdhasteter Widerspruch)

Meine Herren, es ist uns allerdings gesagt worden, daß wir in dieser Beziehung nur den Beispielen folgen, die uns von England, von Frankreich, von Rußland gegeben werden. Aber, meine Herren, ich bitte Sie doch, die militärische und politische Lage zu erwägen, und ich glaube nicht, daß einer unter Ihnen ist, der die Sicherheit des starken und mächtigsten deutschen Reiches durch diese Landsturmsorganisationen — wenn ich mich so ausdrücken darf — von jenen Mächten bedroht sieht. Ich glaube auch nicht, meine Herren, daß sie annehmen werden, daß die Mächte Englands oder die Mächte des noch aus tausend Ständen bestehenden Frankreichs oder die Offensivkraft Rußlands, oder Oesterreichs, das in seinen Rüstungen beunruhigt gegen die übrigen Mächte zurückgeblieben ist, im Stande wären, das deutsche Reich zu neuen Rüstungen zu veranlassen. Ich aber glaube, meine Herren, daß diese Feld wehrerwerb, die stärkste Fortschrittende Rüstungsmanie des Friedens gefährdet, und ich glaube doch, meine Herren, daß Deutschland das größte Interesse an der Erhaltung des Friedens hat. Wir haben ja nirgend an Liebe gewonnen, wie uns von kompetentester Seite bezeugt wurde, und da heute es sich doch leicht im Falle eines Krieges erweisen, daß sich eine höchst unangenehme europäische Complication gegen uns

herausfindet unter allen den Staaten, die in dem Mangel des Gefühls der Liebe gegen uns bereits elend sind.

Ich glaube, meine Herren, daß diese Resolutionen um so berechtigter sind, als ich entgegen der Ansicht des Herrn Abgeordneten von Bismarck nicht glaube, daß Europa aus den Interessen des mit so großem Elend in Scene getretenen Staatsprojesses gegen Graf Bismarck die Überzeugung gewonnen hat, daß die Politik des Reichstages eine eminent selbständige und selbständige sei. (Wohl sehr wohl!) Ich glaube vielmehr, daß die kaiserlichen Mächte durch die Gebanten, die in jenen Erlässen sind, die der Herr Reichstagspräsident an den Grafen Bismarck richtete, zu erstem Nachdenken veranlaßt werden. (Auf: Graf Bismarck!) — Meine Herren, wenn ich die politische Lage gekannt hätte, so glaube ich doch, daß das unglücklich zur Sache gehdrt. (Widerpruch!) Ich wiederhole also, daß ich nicht glaube, daß die kaiserlichen Mächte aus den Erlässen, die in dem Erlaß enthalten sind, die der Reichstagspräsident an den Grafen Bismarck richtete, Vertrauen zu der in diesen Erlässen gethanen Politik haben können. Meine Herren, ich gehe weiter; ich glaube auch nicht, daß eine Politik, die aus im Auslande sitzender Liebe erwacht, die aber im Innern, wie Sie sich sehr wohl wissen, durch den Kulturkampf und durch die gewaltthätigen Eingriffe hervorgeht.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Die letzten Bemerkungen gehören ganz entschieden nicht zur Sache.

Abgeordneter von Bismarck: Nun, meine Herren, ich werde mich auf die weiteren einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes nicht einlassen. Sie sind gründlich und eingehend in den vorigen Reden von meinen politischen Freunden erörtert. Ich wollte nur noch konstatieren, daß meine politischen Freunde und ich von der Einbringung der Amendements abgesehen haben, die wir für möglich gehalten haben, um dem Gesetz die Kontinuität zu geben, deren es unserer Ansicht nach bedarf, um dem Landsturm den Charakter der Defensivität zu erhalten, und um das deutsche Volk vor neuen, vor weitergehenden Kämpfungen und Kassen zu bewahren, da wir irgend welchen Erfolg aus der Einbringung dieser Amendements bei der Majorität dieses hohen Hauses nicht erwarten konnten.

Ich schreie, meine Herren, mit der Empfehlung, dieses Landsturmgesetz abzulehnen.

Nach Bismarck ergibt der Abgeordnete Grundrecht das Wort, jedoch verbleibend, um für das Landsturmgesetz zu sprechen. Dann erhebt zu § 5 der Abgeordnete Liebkecht das Wort. Der antwortende Senogruppische Bericht über Bismarck's Rede lautet:

Präsident: Ich erlaube die Diskussion über § 5. Der Herr Abgeordnete Liebkecht hat das Wort.

Abgeordneter Liebkecht: Meine Herren, durch Schluß der Debatte bin ich daran verhiert worden, den Standpunkt anderer Partei dem Landsturmgesetz gegenüber prinzipiell darzulegen; ich kann das zu dem § 5 sprechen. Es drückt sich jedoch auch in diesem Paragraphen schon vollständig der Charakter des Gesetzes aus, und wenn von einem Excessus behauptet worden ist, daß das Volk diesen Charakter nicht begriffen habe, nicht so viel Unheilskraft besitze, das Wesen und die Tragweite dieses Gesetzes zu erkennen, so hat er der Intelligenz des Volkes in der That ein sehr schmerzliches Zeugnis ausgestellt. Das Volk weiß, worum es sich handelt. Es hat nicht bloß zahlreiche Protestpetitionen hier eingekauft, nein, — eine Menge von Volksversammlungen hat sich angedeutet gegen dieses Gesetz erklärt, zu gleicher Zeit aber auch den Beschluß gefaßt, nicht an den Reichstag zu gehen, weil man im Volke das Vertrauen an den Reichstag verloren hat, (Murmur) weil man glaubt, daß der Reichstag — ich spreche das Urteil des Volkes aus — (Große Heiterkeit) nicht des deutschen Volkes Reichstag, sondern eine Jagalgenothschaft des kaiserlichen Bismarck ist. (Große Unruhe.)

Präsident: Die Bemerkungen, die der Herr Abgeordnete hier erörtert, sind Bemerkungen gegen den Reichstag. Das Referieren von dergleichen Bemerkungen hier im Schosse des Reichstages, und zwar in dieser Weise, kann ich nicht dulden; ich rufe deshalb den Herrn Abgeordneten Liebkecht zur Ordnung. (Beifall.)

Abgeordneter Liebkecht: Wenn von der Besetzung, die im Volke gegen dieses Gesetz herrscht, nicht mehr zu Ihren Oren genommen ist, so ist dies der einzige Grund. Ich kann das auf Grund zahlreicher Bezeugungen konstatieren. Meine Herren, Sie haben gesagt, als ich im Namen des Volkes redete — Sie haben nicht das Recht.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner wiederholt unterbrechen. Ich habe es gesagt, daß Bemerkungen des Reichstages in dieser Art und Weise zu kritisieren, und daher auch nicht zulässig, zu sagen, daß einer durch einen Beschluß des Reichstages „mandatirt“ gemacht sei.

Abgeordneter Liebkecht: Nun, ich habe kein Urtheil, sondern eine Thatsache ausgesprochen. Ich halte mich an § 5. Es heißt darin: Der Landsturm erhält die Verwendung gegen den Feind militärische, auf Schußweite extendirbare Ausrüstung und wird in der Regel in besondern Abtheilungen formirt. In diesen Worten ist der militärische Charakter des Gesetzes aufs Schärfste ausgesprochen; es zeigt schon diesen einzigen Satz, daß der Landsturm, wie er hier geplant ist, nicht derjenige Landsturm ist, den wir in den Ländern aus den Befreiungskriegen kennen gelernt haben; das ist nicht der Landsturm, von dem es heißt: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“; nicht die allgemeine Mobilisirung, wo der Mann, der Greis, der Jüngling, der Knabe, der Säugling der Schutzhülle entwachsen war, so selbst Frauen und Jungfrauen zur Waffe greifen. — Meine Herren, das war der Landsturm! Dieser Landsturm scheidet man aber, wie das deutlich ausgedrückt ist in der Rede, welche Bismarck's Rede am 16. Februar vorigen Jahres zum Militärgesetzentwurf gehalten hat. Man spricht die einmal entsetzte Selbstkraft, man weiß nicht, ob man sie wieder beschwichtigen kann. Diejenigen, welche dieses Gesetz eingebracht haben, wollen nicht einen Landsturm, wollen nicht eine organisirte Volkswaffe haben. — Nein, sie wollen bloß, daß das stehende Heer um eine Million, vielleicht gar, wie das neuerlich ausgesprochen ward, um zwei Millionen vermehrt werden soll. Der Name des Landsturmgesetzes ist überhaupt ein falscher, das Gesetz ist nicht, was es heißt; es bedeutet einfach eine Landwehr zweiten Aufgebots, eine Vermehrung des stehenden Heeres, und nicht weiter.

Den Vorschlag von „auf Schußweite extendirbare Ausrüstung“ hat man offenbar eingesetzt im Hinblick auf die Vorgänge in Frankreich während des letzten Krieges; dort war der Volkstempel, über den man sich neuerdings so geringschätzend anzublicken gewohnt hat, trotz schlechter Organisation der deutschen Heeresleistung so gefährlich geworden, daß sie sich zu den entsetzlichen Repressalien veranlaßt gesehen hat; man hat die gesungenen Frankreichs, Männer, die nur das Vaterland, was die Deutschen in den Jahren 1813, 1814 und 1815 gegen haben, summa summarum erschaffen; sie nicht als einfache Soldaten betrachtet und behandelt, nicht als Patrioten, die für ihr Vaterland kämpften, sondern als Soldaten.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner wiederum unterbrechen. Die letzten Bemerkungen gehören nicht zu § 5. Ich rufe den Herrn Redner zur Sache und mache ihn aufmerksam auf § 43 der Geschäftsordnung. Der § 43 bestimmt:

Der Präsident ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuführen und zur Ordnung zu rufen. Ist das eine oder das Andere in der nämlichen Rede zwei Mal ohne Erfolg geschehen, und scheidet der Redner fort, sich vom Gegenstande oder von der Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Präsidenten ohne Debatte beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zuvor auf diese Folge des Präsidenten aufmerksam gemacht ist.

Ich konstatiere, daß ich den Herrn Redner einmal zur Ordnung gerufen habe und einmal zur Sache, und werde, wenn er jetzt wieder gegen die Geschäftsordnung scheidet, von dem Rechte dieses Paragraphen Gebrauch machen.

Abgeordneter Liebkecht: Das zweite Malen sagt:

In Fällen außerordentlichen Bedarfs kann die Landwehr aus den Mannschaften des aufgeborenen Landsturms ergänzt werden, jedoch nur dann, wenn bereits sämtliche Jahrgänge der Landwehr und die dazugehörigen Mannschaften der Ersatzreserve einberufen sind.

In diesem Vorschlag ist es ausdrücklich ausgesprochen, daß der Landsturm nicht anderes ist, als eine Vermehrung des stehenden Heeres, als das kaiserliche Heer, die letzte Konsequenz der Armeereorganisation, von der unser

Könige, der Herr Abgeordnete Bismarck gesagt hat: Sie trägt das Reichthum des Volkes auf der Stirn. (Unruhe.) Was die Regierung will, ist nicht anders als eine Verlängerung der Dienstzeit, eine Verneuerung des stehenden Heeres; und wenn gesagt ist, daß dies bei außerordentlichem Bedarf die Landwehr aus dem Landsturm ergänzt werden kann, so ist der Begriff „außerordentlich“ ein so veränderlicher, daß es ausschließlich von dem Einsehen derjenigen, die momentan die Gewalt haben, abhängt, zu erklären, wann der „außerordentliche Bedarf“ vorhanden ist.

Ich kann mich, da ich an diesen Paragraphen gebunden bin, nicht über die Grundzüge des Gesetzes äußern; ich protestire aber hier von meinem Parteistandpunkte, im Namen meiner Wähler und meiner Partei, nicht bloß gegen diesen einzelnen Paragraphen, sondern auch gegen das Gesetz im Allgemeinen. Das Landsturmgesetz bedeutet eine schwere Schädigung des Volkes, eine Vertheuerung des Lebens und ein Verschleppen, die dem Volke auferlegt wird. Bismarck ist mir freilich gesagt worden, daß es bloße Phrasen seien, wenn man sage, die Steuerlasten seien schon früher geschränkt worden, als die Kräfte des Volkes es ertragen können, das Volk erweise sich bei besten Wohlstandes. Ich verweise sie auf die Rede des berühmten Finanzministers, die vor einigen Tagen gehalten wurde, und zur „großen Bewegung“ des preussischen Landtags die Thatsache enthielt, daß in Preußen 54 Millionen Personen nicht zur Klassensteuer herangezogen werden können, weil sie ein Einkommen unter 140 Mark haben. (Gelächter.) — Sie lauchen, meine Herren! — Es ist das eben eine Thatsache, die in einem entscheidenden Augenblicke des Lebens nicht läßt und allerdings die Herren vom Landtage wohl mag in „große Bewegung“ versetzt haben.

Ich werde gegen das Gesetz stimmen; — und wenn Ihnen das Wohl des Vaterlandes und das Wohl des Volkes theuer ist, werden Sie ebenfalls gegen das Landsturmgesetz stimmen und es der Regierung vor die Füße werfen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Windthorst hat das Wort. Abgeordneter Windthorst: Meine Herren, meine Freunde und ich haben die Kundgebung in der zweiten Beratung gestellt worden, heute nicht wiederholt, weil sie das vorige Mal in der Minorität blieben, und uns keine Aussicht vorhanden zu sein schien, sie heute zur Annahme zu bringen. Weil aber diese Kundgebung nicht angenommen ist, ist es uns unumgänglich, für den Paragraphen, wie für das Gesetz zu stimmen. Sie hatten den Zweck, das Gesetz mit der Befreiung in Einklang zu bringen; sie hatten den Zweck, dem Landsturm wenigstens seinen vollständigen Charakter zu bewahren und das Aufgebot desselben in die engsten Schranken zurückzuführen. Alles das ist nicht angenommen worden, und es ist noch immer festem Ueberzeugung nach dem Gesetze, wie es heute liegt, nichts Anderes geschehen, als eine Landwehr zweiten Aufgebots geschaffen. (Sehr wahr!) Wenn wir gegen das Gesetz stimmen, so müssen wir den Versuch zurückweisen, der auf dem Namen des Herrn Abgeordneten Dunder hat erhoben werden wollen, als ob damit irgendwelche Rücksicht amgedeutet wäre, nicht für die volle Wehrhaftigkeit des Vaterlandes sorgen zu wollen. Meine Herren, die Wehrhaftigkeit des Landes liegt uns am Herzen, wie jedem guten Deutschen, und das Ausland mag daraus, daß wir gegen das Gesetz stimmen, wahrlich nicht entnehmen, daß Parteien im Lande wären, die im Augenblicke der Gefahr nicht bereit wären, zum Schutze des Vaterlandes Alles anzusetzen, was in ihren Kräften liegt. (Beifall im Centrum.) Dem gemeinsamen Feinde gegenüber steht es in Deutschland Parteien nicht. (Beifall.) Die Streitigkeiten, die uns allerdings in Deutschland augenblicklich bewegen, sind schwer genug; aber ich hoffe noch heute, daß der deutsche Verband schließlich doch groß genug sein wird, endlich den rechten Weg zum Frieden zu finden. Das Ausland hat jedenfalls mit der Sache nichts zu schaffen. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Abgeordnete Dunder dergleiche Bemerkungen nicht gemacht hätte. (Widerpruch.) Er hat sie allerdings gemacht; ich kann aber begreifen, daß für einen solchen Redner solche Erlassene notwendig waren. (Sehr richtig!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dunder hat das Wort.

Abgeordneter Dunder: Meine Herren, ich muß zunächst persönlich zurückweisen, als wenn ich irgend einer Partei dieses Hauses in meinen ersten Worten die Rücksicht untergeschoben hätte, daß sie im Augenblicke der Gefahr nicht, wie jede andere an diesem Hause, für das Vaterland einzustehen bereit sei. Ich habe lediglich davon gesprochen, daß außerhalb dieses Hauses, und namentlich außerhalb Deutschlands, das Wort dieses Hauses, wenn es nicht einstimmig oder mit großer Majorität gefaßt würde, nicht zu gebrauchen werden könnte, und daß dieses mögliche Mißverständnis für mich und für meine Freunde ein Motiv sei, aber Bedenken, die wir noch gegen das Gesetz hatten, hinwegzukommen. Wenn das ein Rückzug ist, und wenn es gegenüber dem, was ich in dieser ganzen Frage stets als meinen Standpunkt hingestellt habe, als ein Rückzug Ihnen erscheinen sollte, so ist ein solcher Rückzug aus dem Motive, aus denen er erfolgt, vollständig gerechtfertigt. (Sehr wahr!)

Präsident: Es ist Niemand weiter zum Wort gemeldet; ich schliesse die Diskussion.

Breslau, 25. Jan. (Besurtheilung.) Unser Parteigenosse Reubert wurde heute wegen Verstoßes gegen § 8 des Vereinsgesetzes zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt; zwei andere Parteigenossen zu einer Geldbuße von 20 Thalern.

Berlin, 25. Jan. (Vollversammlung.) Sonntag, 24. d. Mitteln wir hierüber eine gut besuchte Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Die Arbeiterpartei und ihre Bestrebungen, ab. Als Referent war Herr W. Feld aus Bremen anwesend und referirte derselbe zur größten Zufriedenheit der Anwesenden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute hier tagende Arbeiterversammlung erklärt sich mit dem Ausschüsse des Herrn Referenten vollständig einverstanden und verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften für die Arbeiterpartei in die Schranken zu treten.“ Außerdem sprach Herr Kaufmann über das Centralvertragsgesetz und über die Einführung der Arbeiterämter. Auch sein Referat wurde von der Versammlung mit großem Beifall angenommen. Nachdem Untersekretär zu reger Theilnahme an den wöchentlichen Versammlungen aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem Gruß auf die Social-Demokratie, in welcher die anwesenden Arbeiter zum Kerne der Bewegung kräftig einstimmen, geschlossen. Es lebte die deutsche Social-Demokratie! August Schmitt.

Berlin, 25. Jan. (Allg. Völkcher- [Körper-] Verein.) Hiermit den Mitgliedern zur Kenntniß, daß sich in der Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal einige Fehler befinden, jedoch in die Bilanz richtig. Ich werde in der Abrechnung des vierten Quartals dieselben zugleich berichtigen. Ferner ersuche ich diejenigen Mitglieder, welche noch für das vierte Quartal mit den Geldern im Rückstande sind, dieselben baldmöglichst einzusenden, denn die Hamburger Kollegen bedürfen der Unterstüßung.

Hamburg, 21. Jan. (Allg. deutsch. Schiffsahrer-Verein.) Kameraden! Der Kampf in Emden und Memel ist noch nicht beendet. Jedoch werden unsere Kameraden den Sieg davon tragen, denn sie wissen zu kämpfen, wie es Männer gebührt. So fest wie unsere Kameraden stehen, so fest und sicher stehen auch unsere Emdener Kollegen. Zwar handelt es sich in Emden nur um eine Dreifach, wo der Kaiser Euer sein Wort nicht hielt, indem er seinen Leuten den versprochenen Lohn nicht auszahlen wollte. Kameraden Deutschlands, seid auf dem Posten! Zeigen müßt ihr den Meistern, daß wir uns klar darüber sind, daß ihr Verein sammt all ihrer Klugheit, die sie glauben zu besitzen, doch nicht im Stande ist, die Arbeiter zu bezwingen. Der Kampf nach Emden und Lübeck ist streng fern zu halten. S. Groß.

Berlin, 25. Jan. (An die Eigarrenarbeiter.) Da in einigen Jobbilden Lohnreduktionen (z. B. Nr. 5 bis 16 Sgr.) stattgefunden haben, und zugleich Arbeitslosigkeit, so ersuchen wir sämtliche Kollegen, den Bezug von hier fern zu halten.

Im Auftrage der hiesigen Eigarrenarbeiter: Ludw. Pflz, Lokalgesch. 33.

Durch die Zeitungen läuft folgende Nachricht: Betreffs der Schließung der social-demokratischen Vereine ist bekanntlich die Voruntersuchung schon seit geraumer Zeit geschlossen, ohne daß bisher ein Audienztermin angelegt worden ist. Als Grund für diese Verzögerung wird v. n. von zuverlässiger Quelle die Eigenschaft einzelner Angeklagter als Mitglieder des deutschen Reichstages bezeichnet; sobald indeß der Reichstag geschlossen sein wird, dürfte die Anwesenung v. des von den Beteiligten längst erwarteten Audienztermins durch den Vorstehenden der siebensten Kriminaldeputation sofort erfolgen. Auf jeden Fall findet die Verhandlung noch im Laufe d. 3. Februar statt.

Den Parteigenossen in Buda bei Magdeburg theilen wir auf Ihre Anfragen bezüglich des Austritts aus der Landeskirche mit, daß diejenige Mitglieder der evangelischen, resp. katholischen Kirche, welche aus der betreffenden kirchlichen Gemeinschaft ausgetreten beabsichtigen, sich bei dem Stadtgericht seines Kreises (Kommission für Civil-Landesfachen) einen Termin zu erbitten hat, der ihm dann nach 4 Wochen anberaumt werden wird. In diesem Termin erfolgt gewöhnlich nach Entrichtung von 50 Reichspfennigen der definitive Austritt aus der Landeskirche. Die Kirchensteuerlasten sind, trotz des Austritts aus der Landeskirche, in den meisten Gegenden Deutschlands noch einige Zeit (1—2 Jahre) zu tragen. Die Parteigenossen in Buda, so sehr wir ihnen auch rathen, aus der Landeskirche auszutreten, ersuchen wir aber, sich nicht im Geringsten mit den Herren Freigemeindlern Herabzusehen und Reichthum einzulassen und unter keinen Umständen in die freireligiöse Gemeinde einzutreten, da dieselbe (die freie Gemeinde) mit den Herren Dunder, Dr. Max Hirsch, Schulze-Delitzsch und ähnlichen Bildungspapisten auf gleichem Standpunkte steht.

Schwäbische Ballade.

Im frommen gemüthlichen Schwabenland, Da waltet das Glück mit offener Hand; Da steht von dem Hagen der süß Wein, Und wächst das Korn in die Scheunen hinein. Da giebt es viel Hundert Barone und Grafen, Auch Pfaffen die Halle mit gläubigen Schafen; Da ist man dem Fortschritt gewaltig fehdig, Und laßt Gott den Herrn aus dem Herrn König. In Stuttgart belustigt man sich im Theater, Und hört des kaiserlichen Volkberather. Auch sieht man Soldaten von allen Sorten, Zahllose Bekelen mit Orden und Borten. Katheder und Künste bedeutend glorieren, Und Handel und Wandel gar sehr florieren. Inmitten dieser schwäbischen Gorte Hat Angst sich begeben die dumme Hektorie. Denk Euch, da lebte ein armer Sänder, Der hatte kein Brod und fünf haugrige Kinder. Ihr künftiges Schreien nach Selbste und Tranf, Das machte juleht ihm die Seele tranf. Und rief in sorgenvoll durchwachter Nacht Hat er das Nachbete erdacht. Frühmorgens schickte sein Weib er fort, Dann schiff er sein Messer zum Kinder mord. Und lachte wachwühlig und betete still, Und sprach: Es sei, wie Gott es will. Und schlich zu den Klamm, die schliefen zumal, Und stieß in die Rechte des jüngsten den Stahl; Und gab dem zweiten den Tod und dem dritten, Und würgte das vierte trotz aller Bitten; Und ließ nicht ab in seiner Wuth, Bis auch das fünfte lag todt im Dint. Dann warf er um sich einen Bild voll Grand, Und that einen Ruch und stürzte blind. Sie rufen ihn an, sie sehten ihn fest, Das war den Jreisten ein redetes Gest. Und an dem Grab der Kinder quoll Das Pflanzes Mund über höchst salbungsvoll. Er sprach von des Vaters grünlischer Schuld Und von Gottes Gnade und Liebe und Guld.

Thomas Münzer.

(Fortsetzung.)

Nach seiner Verweisung aus Nürnberg waren Münzer in die oberen Lande längst seine Boten vorausgegangen. Er wählte, wie er selbst sagt, diesen Weg, um die Lage der Dinge dabei selbst kennen zu lernen, den Zustand der oberen Lande zu beunruhigen und für sich Raum zu gewinnen. Er ritt durch Schwaben hinauf in den Klettgau und in den Hegau. In Basel, im Zürichschon, im Elsch zeigten sich seine Spuren. Der Agitator Karstadt war auch hier am Oberthein.

Die Jäger Münzer's durchzogen noch zahlreicher als zuvor die obere Gegenden und verbreiteten seine neue religiös-politische Lehre. Sie mußte dem Bauer mehr zusagen, als die lutherische und zwinglische. Die Zahl der Agitatoren von Münzer war nach dem Bericht eines Augenzengen in St. Gallen so groß, daß man an Sonn- und Feiertagen nirgends hingehen konnte, ohne außerhalb auf Haufen von Bürgern und Landenten zu stoßen, die einem Redner zuhörten. „Da, da,“ sprach ein Bauer zum andern, „das ist das recht Evangelium. Paeg, Paeg, wie hant die alten Pfaffen gelogen und falsch geprediget, man sollte die Büben alle zu todt schlagen, wie hant sie uns also herrlich betrogen und beschiffen!“ Bald getraute sich kaum noch ein Pfister in seinem langen schwarzen Kleide bei einem solchen Bauern- und Bürgerhaufen vorüberzugehen.

Das Volk war durch Münzer'sel zur selben Zeit aufgereggt. Selbst die Natur war aus ihrem Schlafe getreten, und ungewöhnliche Erscheinungen am Himmel und auf Erden, und noch mehr deren Auslegungen und Deutungen verdrängten den Leuten den Kopf. Bald wollte man um die Sonne drei Kreise und eine brennende Fadel dabei gesehen haben, bald um den Mond zwei Kreise und ein Kreuz in der Mitte. In Ungarn sollten bei Nacht gekrönte Häupter am Firmament im Orsche miteinander gesehen worden sein; am Rhein, hieß es, habe man am hellen Mittag ein großes Getämmel und Krachen in der Luft gehört, als geschähe eine Feldschlacht. Da und dort wurden die seltsamsten Mißgeburten in dem Thierreiche geboren. An etlichen Orten sah man die Störche, an andern Orten Krähen und Dohlen festig Streik führen. Man hörte von Erdbeben in den südlichen Ländern; in Schwaben, Bayern und Oesterreich mätheten pestartige Stüchen; in der Stadt Rempen im Allgäu allein starben von 1521 bis 1523 über 1600 Menschen daran. Vollenbrüche, Kometen und Umkehrung der Jahreszeiten kamen dazu; es war einmal in den letzten drei Jahren der Winter so warm gewesen, daß das arme Volk barfuß wie um Michaelis ging, und das Gewässer und die Flüsse wie im Sommer umflossen und flogen; im Februar hatten die Rischen gebüßt, und an den Blumen waren alle Sprossen angeschwollen und geschwängert. Um Ostern aber war kalter Winter eingetreten. In Folge der schweren Ungewitter hatten die Früchte sählbar aufgeschlagen, in allen obere Landen begann sich ein wahrer Nothstand bei dem gemeinen Mann anzumelden. Das Alles wurde auf seltsame Dinge gedeutet, die

erst kommen sollten. Man konnte ohne Zeichen und Propheten-
gabe aus der Lage der Dinge schon seit Jahren eine gewaltige
Umwandlung vorhersehen. Doch verdient angemerkt zu werden,
dass nicht bloß „Volksprediger“ weissagten, sondern dass die vom
Glauben der Zeit als hohe Wissenschaft geachtete und bewunderte
Kritikologie das Jahr 1824 als den Zeitpunkt festgesetzt hatte, wo
eine solche Aenderung vor sich gehen werde, dergleichen nie ge-
hört worden.“

„Die Kritiker mögen wahr reden“, schrieb am Anfange
des Jahres 1820 der bayerische Kanzler Ed. an seinen Herzog,
„nach Schickung aller Pässe. Es ist nicht möglich, dass das Feuer
so allenthalben jetzt angezündet, ohne Schaden zuzugehen.“ Eine
der Volkswissenschaften, die seit länger unklaren, hieß: „Wer im
1523ten Jahre nicht stirbt, 1524ten nicht im Wasser verdrückt,
und 1525ten nicht wird erschlagen, der mag wohl von Wandern
sagen.“

Mit solchen Dingen im Kopf stand er da, der gemeine
Mann, vor den herausfordernden Agitatoren, hier einer mit blei-
chem, hagern Wangen und mit Augen, und denen der Born blühte,
dass außer ihm auch sein Weib und seine Kinder hungern soll-
ten; dort einer, dem die lange Schaverei, die ewige Fesseln alle
Kraft entzogen zu haben schien, und der nur gebüht aufhorchte;
hier aber voran, hart am Redner und seinem Munde, schrie die
aufgerichtete Gestalt, voll Muth und in die Höhe, so wie im Schritt
und Kadgriff; dort im Hintergrunde Gruppen, Einer dem
Anderen erzählend, wie es ihm bisher schlecht gegangen, und
sich auf bessere Zeiten die Hände schüttelnd. Manchem
gestalt die Predigt, weil sie das Feuer wieder anzulied, das erlösen
wollte, und weil es dann Rache und Raub gab. Wenige gewiss
standen und horchten aus bloßer Neugier und Mühseligkeit. Der
Raum für die Zuhörer war ein unbeschränkter; denn nicht oder
nur selten in geschlossenen Räumen, in der Regel im Freien
wurde die neue Lehre gepredigt; bei der großen Hitze vor dem
Ort, im Felde, auf freien Wiesen, auf einem Hügel, am Waldes-
saum, liebten sie, wie die ersten Verkünder des Evangeliums der
Armen, ihre Kanzel aus dem Stegreif sich zu schaffen. Mänzer
selbst weilt gegen drei Monate in den oberen Landen; Pfeiffer
ging früher nach Mühlhausen zurück.

Es war am 13. Dezember 1824, als Pfeiffer in seine thür-
ingische Heimath und in seine Stadt Mühlhausen zurückkehrte.
Michael Koch, der Volkswahrer in der Leichengasse, der mit dem
Weimarer Hof in Berührung war, der Goldschmied Weismüller, der
Gerber Kreuter und andere Freunde Pfeiffer's, die durch ihn in
den Auktionsverkauf gekommen waren, hatten seiner Rückkehr vor-
gearbeitet, seine Zurückberufung ausgewirkt.

Der schwärmerische Rüstherz Kothe, um den sich der An-
hang Thomae Mänzer's in der Stadt sammelte, hatte mit seinen
Freunden in gleicher Weise für die Rückkehr Mänzer's gearbeitet.
Dieser aber kam erst gegen das Frühjahr. Der Ruf der Seinen
konnte ihn auch nicht wohl gleich aufstuden, da es Winter war
und er hin und her wehte in den oberen Landen und an der
Donau hinab.

Pfeiffer und die Seinen sahen immer deutlicher, dass in
Mühlhausen noch durchgreifendere Umwandlungen nöthig seien.
Der Rath der Stadt in alter Verfassung, mit den alten Rechten
des Stadtraths einerseits, und Pfeiffer mit seinen Bestrebungen
andererseits, konnten nicht neben einander fortbestehen; vollends
nicht, als e. blich Mänzer selbst angekommen war.

Mit welchen Gefühlen, mit welchen Hoffnungen mag Thomas
Mänzer von der Heimkehr von Oberschwaben das mittlere Deutsch-
land durchzogen haben! Wie geschäftig zu lauschen auf das Wort,
auf der Athmung des arbeitenden Volkes, zu lesen in den Ge-
sichtszügen der Städte und der Dörfer, anzuklopfen bei den
Reichsständen, den Geistesverwandten; anzuzuhören, wo er es
anzuhörbar fand, zu schreien, wo es schon brannte!

Im Fulda'schen, wo er den Bauern predigte, und wo seine
kurze Anwesenheit sogleich Aufregung nach sich zog, wurde er ver-
hört, aber nicht erkannt und nach wenigen Tagen wieder freige-
lassen. Er eilte in die Reichsstadt Mühlhausen.

Mänzer fand für sein Auftreten als Prediger an dem Rathe
den entschiedensten Segner. Aber Kothe und sein Anhang, ver-
stärkt durch die Partei Pfeiffer's, den Kern der Bürgerschaft, na-
mentlich die Gerber, Bräuer und Brennweinbrenner erzwangen

es, dass der Rath ihn predigen lassen musste. Mänzer predigte
vorzugsweise auf dem Lande, drangen in den Vorstädten und in
den Dörfern. In allen seinen Volksworten forderte er unumwun-
den zum allgemeinen christlichen Bunde wider Fürsten und Herren
auf. Zuletzt sprach er ebenso in der Stadt, und beehrte von
dem Rathe, dass auch er dem christlichen Bunde beitrete. Auf
das Verbot der Rath ihm, fernere zu sprechen. Mänzer aber
fuhr fort, trotz des Verbots, zum Volke zu sprechen. Die ganze
Stadt wurde wie kriegerisch bewegt und drangen von den Dörfern
herbei strömte es der Stadt zu. Der Rath ließ die Thore besetzen
und sperren. Aber nicht mehr vermochte er dem Sturme zu
wehren, der sich jetzt innerhalb der Stadt darin ausloste, dass die
Bilder in allen Kirchen niedergeschlagen wurden.

Jedoch wirkte das Aufschwellen der Volksbewegung, zumal
das Geschrei der Mänzerischen, catunthigend auf den Stadtrath;
die Mänzerischen schwärmten Nachts in der Stadt um und for-
derten Einige des Volks mit Namensruf zum Tode heraus.
Einige der reichsten Familien verließen am frühen Morgen die
Stadt nach dieser Nacht.

Anderer aus den Rathesgeschlechtern, wie die Baumgarten,
und einzelne einflussreiche Rathesherren, wie Reinhard Lamhardt,
schlossen sich der Volkspartei an. Der Syndikus von Ditteln trat
mit dem Stadthauptmann offen auf Seite der Bürgerschaft.

Auf der Wendewehr sammelten sich die Bürger in Waffen,
zur Wehrmuthung. Bei dieser Gelegenheit hielt Mänzer eine
Volkswort, welche Alle mit forttrug. Von da ging es zu einer
großen Volksversammlung in der Marienkirche. Pfeiffer und
Ditteln saßen dieser Versammlung vor. Unter ihrer Leitung er-
folgte die Abstimmung der einzelnen Bürger über Sein und Nicht-
sein des alten Rathes. Derselbe hatte bisher aus vier wechselnden
Kollegien bestanden. Dieser alte Rath wurde abgesetzt. Der
freie regierende Bürgermeister Baumgarten stimmte selbst für die
Absetzung; er wußte, dass sein Sohn sein Nachfolger werden
würde.

Die Wahl des neuen Rathes geschah ganz in Pfeiffer's
Sinn. Es war nicht eine Volkswahl, eine Wahl aller Bürger,
sondern Wahl durch den Ausschuss. Dem neuen Rathe gab
Pfeiffer den Namen „ewiger Rath“. Diese Benennung sollte
ausdrücken, dass dieser Rath nicht aus vier wechselnden Kollegien
besteht, sondern als ein einziges Kollegium ohne Wechsel regieren
sollte; ein Fortschritt in der Verwaltung, der einschüchtere. Die
Statuten dieses ewigen Rathes sind verloren gegangen. Ob er
auf ein Jahr oder auf mehrere Jahre gewählt wurde, weiß man
bis jetzt nicht; lebenslanglich, wie die alten Rathesherren es wa-
ren, waren die neuen nicht.

Während die Versammlung in der Marienkirche beisammen
war, „ein ganz neu Regiment, ein christlich Regiment aufzurich-
ten“, ließen sich Stimmen hören, man müsse den alten Rath er-
würgen. Die Glieder des alten Rathes traten in Unterhandlung
mit dem Ausschuss der Aelter, und als das Volk das Rath-
haus umwogte und zu stürmen drohte, dankten sie ab. Dem
neuen Rathe wußte nicht nur jeder Bürger, sondern selbst das
Gefilde den Eid der Treue leisten. Mit dem alten Rathe war
der letzte Halt des alten Glaubens in Mühlhausen gefallen. Die
Bewegung innerhalb der Stadt war demnach an ihr Ziel gelangt;
am 17. März 1825.

Pfeiffer blieb für das Innere der Stadt thätig und für das
Stadtsgebiet; Mänzer sahnte sich getrieben, Mühlhausen nur als
den Punkt anzusehen, von dem aus in die Ferne, in's Weite und
Allgemeine, gewirkt werden müsse; er blieb in lebhafter Verbin-
dung mit Franken und Schwaben, während er zugleich ganz Thür-
ingen bewegte.

(Fortsetzung folgt)

* Eine furchterliche Kessel-Explosion ereignete sich am 21. d. M.
in der Maschinen- und Baumwollenwaarenfabrik des Herrn Lord Brauer
in Todmorden. Die Mittagshausen war gerade vorüber und fast
sämmliche Arbeiter schliefen sich an, die Arbeit wieder zu beginnen, als
ohne das mindeste Warnungssignal einer der Dampfessel explodirte, das
ganze Gebäude erschütterte und Tod und Verderben um sich her verbreitete.
Das Kesselhaus und ein anstoßendes Schuppen wurden im Augenblick in
Asche verwandelt und die Trümmer flogen nach allen Richtungen hin.
Der Bericht an Menschenleben war betrüblich. Vier Leichen wurden ge-
funden und eine weit vermehrt. Hundert Personen wurden mehr oder we-
niger erheblich verletzt, und einige starben, wie man flüchtet, nicht wieder

aufkommen. Im Ganzen besaßen sich drei Kessel in der Fabrik, und der
explodirte Kessel war der größte und am besten über dem Kanal.
Man bestreitet, dass sich unter den Trümmern noch weitere Leichen von Ge-
stübten befänden. — Und wer hat die Schuld? Die Dampfesselschrauber
werden sagen: „Die Unachtsamkeit der Arbeiter war Schuld“ an dem Un-
glück.“ Unterjucht man die Schuld aber näher, so war jedenfalls der Kessel
unbrauchbar geworden und nur die Unachtsamkeit des Fabrikanten ließ ihn in
diesem Tod und Verderben bringenden Zustand.

* Durch Versehen ist in der vorigen Nummer unserer Zeitung der
Name des Verfassers des Gedichtes: „Euch alle dem!“ fortgelassen worden.
Der Verfasser ist der Freilichtgänger von 1848; der Freilichtgänger von 1875
allerdings nach: Benzgolds- und Blumengarten.

Alle Briefe in Angelegenheiten des Allgemeinen
deutschen Arbeiter-Bereins sind vom 1. Februar ab
an meine Adresse: Felsenfeld 10, bei Geh, zu
richten. Bremen, den 25. Januar 1875.
E. Derossi, Vereinssekretär.

Durch die Expedition des „Neuen Social-Demokrat“ sind
folgende Broschüren zu beziehen: (Reichswährung.)

Passalle: Offenes Antwortschreiben	6 Pf.
„ Arbeiter-Lesebuch	13 „
„ Arbeiter-Programm	8 „
„ Ronsdorfer Rede	8 „
„ Bafant-Schulze	45 „
„ Wissenschaft und Arbeiter	10 „
Passalle: Freie und Presse	10 Pf.
„ Kleinere Aufsätze	20 „
„ Indirekte Steuern	23 „
„ Arbeiter-Berlin	5 „
„ Julian Schmidt	65 „
Der Prozeß wider Ferdinand Passalle von der korrekturellen Appellkammer zu Düssel- dorf am 27. Juni 1864	10 „
Fremdwörterbuch des „Volkstaat“:	
gebunden	60 „
broschirt	45 „
Bauerkrüge von Fr. Engels	45 „
A. B. C. des Wissens von Dr. Donay	13 „
Unsere Ziele von Debel	23 „
Grund- und Bodenfrage von W. Pöhlmann	50 „
Kalender pro 1875 des „Neuen Social-Demo- krat“, pr. Stück	40 „
Marschälle von J. Rudorf, pr. 100 Stück	1 Kart.
Bei Abnahme von 50 Exemplaren tritt bei den Kalendern 33 1/2 pCt. Rabatt ein.	

Die hier notirten Preise sind nur bei Abnahme von größeren
Quantis von jeder Sorte.
Bei einzelnen Exemplaren tritt eine verhältnismäßige Preis-
erhöhung ein.

Bestellungen auf einzelne Exemplare der hier notirten Bro-
schüren, versenden wir nur gegen Einsendung des Kreuzbandporto's.
Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, dass nach
der neuesten Postverordnung Drucksachen bis zum Kilogramm
(2 Pfund) Gewicht unter Kreuzband versandt werden können.

Es empfiehlt sich also, bei kleineren Bestellungen unter 2 Pfund
30 Pf. Porto beizufügen für die Frankung unter Kreuzband.

Briefkasten.

Anonyme Einsendungen, Anfragen u. s. w. können nicht be-
rücksichtigt werden.

Kant in Jenseits und Biermann in Braunschweig. Ihre Beschwerden
haben wir dem letzten Postzugsamit übermitteln und wird in Zukunft
hoffentlich dergleichen nicht wieder vorkommen.

H. Bechten. Wir bitten um Bericht über die Gerichtsverhandlung,
resp. um die betreffende Nummer der „Presse. Neues Morgenblatt“.
Opelt, Remer. In Monatsheften können Sie die „Social-politischen
Blätter“ nur direkt durch uns unter Kreuzband beziehen gegen Einsendung
von 15 Sgr. pro Quartal.

Sadow, Köthen. Annoncendepot ist noch nicht erschöpft; durch
Fretum veröffentlicht.

Schäfer, Kiel. Da Sie in Ihrem Brief keine Adresse angeben, ist
ein Brief in dieser Angelegenheit an Orlnitz abgegangen.

Annoucen.

Berlin.
Öffentliche Versammlungen:
Donnerstag, 28. Jan., Abends 8 Uhr,
bei Herrn Pöhlmann, Hofstr. 14/15.
Ref.: H. Köhler aus Schleswig.
Sonntag, den 30. Jan., Ab. 8 Uhr,
im Graefwille'schen Lokale, Kommandanten-
str. 77-79. (Oberer Saal.)
Ref.: F. F. Freylich.
Jedermann hat freien Zutritt.
Für jährlichen Besuch der Versammlungen
muss gesorgt werden. [2,60]

Berlin. Vorläufige Anzeige!
Sonntag, 13. Febr.,
im Hofstr. Pöhlmann.
Wiener Masfenball.
Dieses der Zimmerer Berlin, so wie den
übrigen Parteigenossen zur Nachricht. Das
Nähere im Organ. C. Barmstedt. [1,60]

Berlin. Sonntag, 31. Jan.,
Borm. 10 Uhr,
bei Bagel, Altkönigsstr. 31.
Öffentliche Versammlung
des Berliner Arbeitervereins.
L. O.: Vortrag des Herrn Köhler.
Beschließendes und Freigesprochen.
H. Wismanu. [1,80]

Berlin. Sonntag, 31. Januar,
Borm. 10 Uhr,
im Saale Sophienstr. 15,
Große öffentliche
Fischer-Versammlung.
L. O.: Die Entschung und die bis jetzt
erzielten Vortheile der Gewerkschaftsvereini-
gung, sowie die ferneren Ziele derselben.
Ref.: Herr Weg Stöbe.
Es werden die Kollegen dringend ersucht,
zahlreich zu erscheinen. C. Schmitt. [2,40]

Barmstedt. Sonntag, [0,80]
den 7. Februar,
Große Volksversamml.

Berlin. Sonnabend, den 30. Januar,
Abends 8 Uhr. [2,40]
bei Rahmann, Gr. Frankfurterstr. 117,
II. Stiftungsfest
der Gewerkschaft der Holzarbeiter,
worum Freunde und Parteigenossen freundlich
eingeladen sind. Entrée 25 Pf. Herren, die
am Tanz Theil nehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Reichstagsgaba. Soc.-demokra-
tischer Richtung sind eingeladen.
Das Comité. J. A.: G. Lemke.

Berlin.
Den Mitgliedern
der Tabakarbeiterinnen-
Kranken- u. Sterbefasse
zur Nachricht, dass vom 1. Februar der Ren-
dant, Herr Vogemehl, Biondikirchstr.
Nr. 59, an den Wochentagen, mit Aus-
nahme des Montags, Abends von 7 1/2 bis
9 Uhr, an Sonntagen Vormittags von 9 bis
12 Uhr in Empfang nimmt.
H. Matz. [2,80]

Hamburg. Sonnabend, 30. Jan.,
Abends 8 Uhr,
im Englischen Thall, Kirchenallee 41,
St. Georg,
Große
Volksversammlung.
L. O.: Der Zeitgeist und die Ultramon-
tanen. Ref.: Dr. Wächel aus Kiel. [3,00]
23ter.

Montag, den 1. Februar,
in Stadl's, früher Lützow's Salon,
Volksversammlung.

Osnabrück. Sonnabend, 30. Jan.,
Abends 8 Uhr,
Gemüthliches Zusammensein
bei Kuhlmann. Kante.

Hamburg. Sonnabend, 30. Jan.,
Abends 8 Uhr,
im Englischen Thall, Kirchenallee 41,
Große Versammlung
sämmtlicher Zimmerer.
Tagordnung: Vortrag.
Um zahlreiche Theilnahme ersucht.
L. Pfeiffer. [2,00]

Hamburg. Sonnabend, 30. Jan.,
Abends 8 Uhr,
im Englischen Thall, Kirchenallee 19,
Öffentliche Versammlung
des Nordmänner-Bundes
Hamburg-Altona-Dittensen.
L. O.: Einigungsunter. Ref.: Schreden-
bach. Das Bestehen des Bundes.
H. Müller. [2,00]

Hamburg. Sonntag, den 31. Jan.,
Nachm. 3 Uhr,
im Lokale des Herrn Köhler, Gr. Frankfurterstr. 37,
Gesell. Mitglieder-Versammlung
des Hamburger Schuhm. Vereins.
L. O.: Ballrechnung. Wichtige Ver-
einigungsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden in dieser Ver-
sammlung aufgenommen.
H. Mügge. [2,00]

Hamburg. Sonnabend, 30. Jan.,
Abends 8 Uhr,
in der Oberberg,
Geschlossene Mitglieder-Versamml.
d. Alg. Fischer- (Schreiner-) Vereins.
Tagordnung: Ball. Sommervereinsgen.
Beschließendes. [2,00]
NB. Es wird eine Deputation zur Auf-
nahme neuer Mitglieder am Samstag sein.
H. E. Doole.

Den Hülfs- und auswärtigen Parteigenossen
empfehle meine Restauration und Gast-
wirtschaft „Zum grünen Zweig“.
H. Hohnholz, gr. Handm. 23,
Osnabrück. [2,50]

Hamburg.
Für Buchbinder!
Unser Arbeitnachweiser ist noch wie
vor bei Herrn Bachmann, Gr. Buchhof
unter 26.
Der Hamburg-Altonaer Buchbindervereins.
J. A.: J. Ritter. [1,60]

Altona. Sonnabend, 30. Januar,
Abends 8 Uhr,
im Englischen Garten,
Große
Volksversammlung.
Tagordn.: Vortrag des Herrn Pöhl.

Altona. Freitag, den 29. Januar,
Abends 8 Uhr,
in Sison's Salon, Altona,
Öffentl. Schuhmacherverammlung.
Tagordn.: 1) Abrechnung vom letzten
Ball. 2) Beschließendes. Der Sect. [1,20]

Eintrüffel. Freitag, d. 29. Jan.,
Abends 8 Uhr,
in Sandbuel, Eintrüffelstr.
Große
Volksversammlung.
L. O.: Unser Ziel. Ref.: Dr. Deute.
Das Schulwesen in Deutschland. Ref.:
Dr. Rodenkamp. [1,80]

Hohenfelde-Burgfelde.
Sonntag, 31. Januar, Mittags 11 Uhr,
im Hohenfelde bei Herrn Müller,
Große
Volksversammlung.
L. O.: Die heutige Produktionsweise.
Ref.: Dr. Pöhlmann. [1,80]

Samus und Sorn.
Sonntag, den 31. Jan., Nachm. 3 Uhr,
bei Herrn Köhler, Kommandantenstr. 67,
Volksversammlung.
L. O.: Das neue Landparlament. [1,40]
Hierzu ladet ein
H. Meyer.

Barmstedt. Montag,
den 3. Februar,
im Lokale des Herrn Pöhlmann,
BALL,
verbunden mit Concert und Festrede.
Anfang des Concerts 5 Uhr, des Ballets
6 Uhr.
Entrée für Herren 6, Damen 14 Sgr.
Alle Einwohnere Barmstedts und Umgegend
sind eingeladen. Das Comité. [2,00]

Bremen. Sonntag, den 31. Dez.,
Abends 6 Uhr,
bei Duncker, Bögestr. 27. [1,20]
Abend-Unterhaltung.
Entrée 20 Pf. Das Comité.

Harburg. Sonnabend, 30. Januar,
Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Köhler, [1,20]
Öffentliche
Arbeiterversammlung.

Göthen. Helms Parteigenossen und
Freunden zur Nachricht, dass
ich kürzlich eine Restauration eröffnet
habe, und bitte um gütigen Zuspruch. — Der
„Neue Social-Demokrat“ und die „Soz.-pol.
Blätter“ liegen aus. H. Nagel. [3,00]
Ich empfehle meinen Freunden u. Partei-
genossen guten Mittagstisch, sowie gutes Bier.
Kochstr. 15. H. H. Walther. [1,50]

Send und Verlag von C. Hahn'sche
K. Berlin in Berlin.
Verantwortlich für die Redaktion:
H. Köhler in Berlin.